

«Der Landtag ist selbstbewusster»

Erstmals waren 2013 im liechtensteinischen Landtag vier Parteien vertreten. Politologe **Wlfrid Marxer** erklärt, wie das den Landtag verändert hat und wie die beiden Grossparteien auf die Abstrafung der letzten Wahlen reagieren müssen, um Wählerstimmen zurückzugewinnen.

ANGELA HÜPPI

Herr Marxer, 2013 waren erstmals vier Parteien im Landtag vertreten. Hat sich der Landtag dadurch verändert?

Wlfrid Marxer: Der Landtag hat sich sicher verändert. Allerdings ist es schwierig abzuschätzen, wie viel mit den vier Parteien und wie viel ganz einfach mit der starken personellen Erneuerung zu tun hat. Aber zwei Oppositionsparteien in Fraktionsstärke machen natürlich einen Unterschied aus.

Inwiefern?

Wlfrid Marxer: Insofern, dass sie sich Gehör verschaffen und die Grossparteien unter Druck setzen, gegen das Image anzukämpfen, immer gemeinsame Sache zu machen. Bei vielen Abstimmungen

Ein Abgeordneter will nicht Steigbügelhalter der Partei sein

konnte ein gelockterter Fraktionszwang beobachtet werden, und auch die zwingende Gefolgschaft gegenüber der Regierung hat abgenommen. Der neue Landtag legt etwas mehr Selbstbewusstsein an den Tag und agiert selbständiger.

In welchen Fragen war das besonders spürbar?

Wlfrid Marxer: Beispielsweise bei der Frage nach dem Verkauf der Telecom Liechtenstein oder der Plattform Horizon 2020, wo die Regierung mit ihren Vorstellungen nicht zum Landtag vordringen konnte. Interessant ist, dass sich je nach Sachfrage verschiedene Koalitionen durch die Fraktionen hinweg bilden.

Hätten diese Abstimmungen in der alten Landtagskonstellation ein anderes Ende genommen?

Wlfrid Marxer: Das kann gut sein. Ich könnte mir vorstellen, dass die Grossparteien nach den letzten Wahlen unter Druck stehen, eine grössere innerparteiliche Vielfalt walen zu lassen.

Eine parteipolitische Strategie also?

Wlfrid Marxer: Es kann eine bewusste Strategie sein, eine gewisse Vielfalt zu präsentieren. Die grössere Meinungsvielfalt innerhalb der Fraktionen kann aber auch auf einen generellen Individualisierungsprozess zurückzuführen sein.

Die Abgeordneten sind unabhängiger von der Partei?

Wlfrid Marxer: Wenn heute jemand für den Landtag kandidiert, will er nicht Steigbügelhalter einer Partei sein. Er will seine eigenen Anliegen einbringen. Die Meinungen sind auch in Volksparteien nicht einhellig, und wenn man es vor 20 Jahren vielleicht noch geschafft hat, die einzelnen Meinungen auf eine Parteiräson einzuschwören, funktioniert das heute weniger.

Auch die Grossparteien müssen also mehr Meinungsvielfalt zulassen?

Wlfrid Marxer: Ja, man muss auch divergierende Stimmen zulassen und riskieren, dass die halbe Fraktion für eine Vorlage stimmt und die andere Hälfte dagegen. Das hat auch zur Folge, dass im Vorfeld vonseiten der Regierung besser kommuniziert werden muss. Eine Mehrheit ist nicht mehr garantiert, nur weil man die Mehrheit der Sitze im Landtag hat. Ohne Kommunikation mit der Öffentlichkeit und in den eigenen Reihen ist es heute schwierig, mit



Bild: Daniel Schwendener

Politologe Wlfrid Marxer: «Heute ist es schwieriger, die einzelnen Meinungen auf eine Parteiräson einzuschwören.»

einer umstrittenen Vorlage zurückkommen.

Müssen die Abgeordneten dadurch, dass mehr Meinungen vertreten sind, auch mehr Kompromisse eingehen?

Die starre Aufteilung in Rot und Schwarz hat sich aufgelockert

Wlfrid Marxer: Unser politisches System baut prinzipiell auf Kompromissbereitschaft auf. Für eine Regierungsvorlage gibt es viele Votenspieler. Der Landtag, das Volk, der Fürst. Sicherlich hat der Landtag heute aber etwas mehr Eigenleben als noch in der letzten Mandatsperiode, als es eher möglich war, die Fraktionen auf Mehrheiten zu trimmen. Grundsätzlich ist es nach einem Jahr aber zu früh, um hier einen Trend zu erkennen.

Die Wählerliste DU erhielt 2013 auf Anhieb 15,3 Prozent der Wählerstimmen. Wird es schwierig sein, diesen Anteil zu halten?

Wlfrid Marxer: Ich wage keine Prognose. Schliesslich hatte auch niemand mit diesem Erfolg von DU gerechnet. Die Gruppierung lebte bei den Wahlen sicher von ihrer Protesthaltung gegenüber der letzten Regierung. Jetzt müssen sie sich profilieren, um ihre Wähler zu behalten. Es ist nicht auszuschliessen, dass DU eine starke Partei bleibt. Vielfach müssen solche kleinen Überraschungsparteien aber auch wieder Niederlagen einstecken.

Wie schwierig ist es, sich zu profilieren, wenn man keine klare Parteilinie hat?

Wlfrid Marxer: Das Selbstverständnis von DU ist es, dass jedes Mitglied das Recht hat, seine eigene Position ohne Fraktionsdruck zu vertreten. Das führt natürlich nicht zu einem homogenen Bild der Partei. Die Frage ist, ob die Wähler es auf lange Sicht guttiefen, dass es keine offizielle Parteimeinung gibt. Man kann das toll und ur-demokratisch finden, auf der anderen Seite weiss der Wähler letztlich aber weniger sicher, welche Position nach den

Wahlen im Landtag vertreten wird.

Die beiden Grossparteien werfen DU vor, populistisch zu sein. Wie schätzen Sie das ein?

Wlfrid Marxer: Dass eine Partei Themen aufgreift, die das Volk bewegen, ist im politischen Wettbewerb nicht nur legitim, sondern auch gewünscht. DU fällt vor allem durch den ungewohnten Tonfall auf, der etwas aggressiver ist, als man ihn in Liechtenstein gewohnt ist. Aber vielleicht ist es gut, dass man einmal solche klare Worte hört. Man muss über Sachthemen heute offener diskutieren.

Politik ist nicht nur von der reinen Vernunft und Sachlichkeit geprägt, sondern auch vom politischen Marketing. Die Balance muss aber vielleicht noch gefunden werden.

Wlfrid Marxer: Ja, das haben sie. Ein Vorwurf an die letzte Regierung war ja, dass sie ihre Entscheidungen im einsamen Kämmerlein

Die Wahlen 2013 waren auch eine Abstrafung der beiden Grossparteien. Haben VU und FBP auf diese reagiert?

Wlfrid Marxer: Ja, das haben sie. Ein Vorwurf an die letzte Regierung war ja, dass sie ihre Entscheidungen im einsamen Kämmerlein

der Wirtschaft und des Staatshaushalts irgendwann einmal beruhigt, sind schon einmal einige grosse Baustellen erledigt. Trotzdem stehen noch genug weitere Probleme an: Die S-Bahn FLA.CH, der geplante Tunnel in Feldkirch, die Spital-Frage, die Trennung von Kirche und Staat etc. Die Regierung hat jetzt ein paar Jahre Zeit, Lösungen zu finden.

Die Anerkennung der Wähler hängt also wesentlich von der Regierungsarbeit ab?

Wlfrid Marxer: Ja, man bilanziert, ob Probleme erkannt, adäquat gelöst oder lediglich verschoben wurden. Zwischen Landtag und Regierung wird meist nicht gross differenziert. Die Frage ist: Sind die Lösungen, die das Land braucht, da oder nicht? Und akzeptiert das Volk unangenehme Entscheidungen, beispielsweise wenn es ums Sparen geht?

Hat Liechtenstein mit den Wahlen 2013 endgültig den Schritt zum Mehrparteiensystem vollzogen?

Wlfrid Marxer: Die 8-Prozent-Sperreklause ist für kleine Parteien

Die Grossparteien dominieren das politische Geschehen immer noch

immer noch eine Hürde. Und sie könnte auch dafür sorgen, dass wir bei künftigen Wahlen wieder bei einem Zwei-Parteien-System landen. Aber tendenziell hat sich die starre Aufteilung in Rot und Schwarz, die das Land jahrzehntelang beherrschte, aufgelockert. Die Parteibindungen sind nicht mehr so fest wie früher. Und die Parteiloyalität, die sich über Generationen hinweg familienintert vererbt hat, gibt es in diesem Ausmass auch nicht mehr. Das eröffnet Chancen für Gruppierungen, die nicht aus dieser Tradition heraus kommen.

Wie verankert ist das traditionelle Zwei-Parteien-System in Liechtenstein trotzdem noch?

Wlfrid Marxer: Es ist immer noch sehr stark. Die beiden Parteien stehen zwar in einer Rivalität, sind aber ideologisch relativ nahe beisammen, in vielen Fragen sogar identisch. Wenn man sieht, dass sie seit 1938 mit wenigen Ausnahmen miteinander regiert haben und auch heute noch 18 von 25 Parlamentssitzen innehaben, muss man das als stabile Situation bezeichnen. Die beiden Grossparteien, die sich ja nicht auf Blut bekämpfen, dominieren das politische Geschehen im Wesentlichen immer noch.

Werden die Liechtensteiner Bürger künftig von noch mehr Parteien im Landtag vertreten sein?

Wlfrid Marxer: Denkbar ist vieles. Aber wie gesagt, die 8-Prozent-Sperreklause ist diesbezüglich ein Hemmfaktor – solange sie nicht fällt. Nicht nur, dass kleine Parteien an ihr scheitern können, sie ist auch eine Hemmschwelle für neue Bewegungen, überhaupt zu kandidieren.

Die Senkung der Sperrklause würde für mehr Vielfalt sorgen?

Sie würde die Perspektiven von kleineren Parteien vergrössern – und auch dafür sorgen, dass es vielleicht ideologisch klarer positionierte Parteien gibt. Also eventuell Parteien, die sich verstärkt links positionieren, und Parteien, die sich verstärkt rechts positionieren, während zurzeit ein relativ starker Sog Richtung politisches Zentrum vorherrschte.

DU fällt vor allem durch den etwas aggressiveren Tonfall auf

Allgemeines. Wenn es wirtschaftliche Probleme gibt, steht die Regierung immer unter Druck und davon profitieren die Oppositionsparteien. Falls sich die Situation